

Hermann Rudolph

„Ein neues Stück
deutscher Geschichte“

Theodor Heuss und die politische Kultur
der Bundesrepublik

STIFTUNG
BUNDESPRÄSIDENT-
THEODOR-HEUSS-
HAUS

STIFTUNG
BUNDESPRÄSIDENT-
THEODOR-HEUSS-
HAUS

THEODOR-HEUSS-GEDÄCHTNIS-VORLESUNG 1999

Hermann Rudolph

„Ein neues Stück
deutscher Geschichte“

Theodor Heuss und die politische Kultur
der Bundesrepublik

THEODOR-HEUSS-GEDÄCHTNIS-VORLESUNG

Aus Anlaß des Todestages von Theodor Heuss, der am 12. Dezember 1963 verstarb, veranstalten die Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus und die Universität Stuttgart alljährlich eine Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung. Zum Andenken an den ersten Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland referiert eine herausragende Persönlichkeit der Wissenschaft oder des öffentlichen Lebens über ein Thema der Zeitgeschichte. Die Vorlesung steht in der Tradition der öffentlichkeitswirksamen Rede, mit der Theodor Heuss ein spezifisches und für die Nachfolger in seinem Amt verpflichtendes Zeichen setzte. Sie ehrt zugleich den Hochschuldozenten Heuss, der von 1920-1933 als Dozent an der „Deutschen Hochschule für Politik“ und 1948 als Honorarprofessor für politische Wissenschaften und Geschichte an der Technischen Hochschule Stuttgart lehrte.

Hermann Rudolph

1939 in Oschatz (Sachsen) geboren, wuchs in der DDR auf und studierte in Freiburg/Breisgau, München und Tübingen Literaturwissenschaft, Politik und Soziologie. Er begann seine journalistische Laufbahn 1970 bei der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, für die er Korrespondent in Stuttgart und Bonn war. Seit 1980 war er innenpolitischer Redakteur der Wochenzeitung „Die Zeit“ in Hamburg, danach, von 1983 an, Leiter der Abteilung Politik und Zeitgeschehen des Deutschlandfunks in Köln, ab 1986 Leiter der Innenpolitik der „Süddeutschen Zeitung“ in München, seit 1991 beim „Tagesspiegel“ in Berlin, zuerst als Chefredakteur, dann als Herausgeber. Veröffentlichungen: u.a. *Die Gesellschaft der DDR – eine deutsche Möglichkeit?* (1971); *Theodor Heuss. Eine Bildbiographie* (1983 zusammen mit Hildegard Hamm-Brücher); *Die Herausforderung der Politik. Innenansichten der Bundesrepublik* (1985); Herausgeber der Brautbriefe von Theodor Heuss und Elly Knapp: „*So bist Du mir Heimat geworden*“ (1986), der Festschrift für Theodor Eschenburg, „*Den Staat denken*“ (1989) sowie dessen Erinnerungen (1995 und 2000).

Im Gegensatz zu Persönlichkeiten der Zeitgeschichte wie Konrad Adenauer oder Ludwig Erhard, die im öffentlichen Bewußtsein noch durchaus gegenwärtig sind, konstatiert Hermann Rudolph fünfzig Jahre nach Verabschiedung des Grundgesetzes und der Gründung der Bundesrepublik für das erste deutsche Staatsoberhaupt Theodor Heuss „eine blasse Erinnerung, und die ist dazu noch falsch“. Grund genug die dritte Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung erstmals dem Namensgeber selbst zu widmen, seine Leistungen und Verdienste darzulegen und zugleich dem verbreiteten Vorbehalt entgegenzutreten, Heuss sei ein unpolitischer Präsident gewesen. Hermann Rudolph diskutiert Heuss' Beitrag zur politischen Kultur und zur Grundlegung einer neuen politischen Ordnung beispielhaft an drei politischen Grundfragen seiner Amtszeit – der Frage nach der Ausgestaltung der Demokratie, dem Problem des Förderalismus und dem Verhältnis der Deutschen zu ihrer Vergangenheit.

„Ein neues Stück deutscher Geschichte“

Theodor Heuss und die politische Kultur der Bundesrepublik

Zum ersten Mal ist die Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung ihrem Namensgeber gewidmet. Damit soll nicht nur, gerade noch im alten Jahrhundert, ein Kranz auf das Grab des ersten Bundespräsidenten gelegt werden, dessen Tod am kommenden Sonntag 36 Jahre zurückliegt. Der Anlaß für diese Wahl ist ebensosehr die Erinnerung an die Gründung der Bundesrepublik vor einem halben Jahrhundert, die das ganze zu Ende gehende Jahr begleitet hat. Theodor Heuss war eine wichtige Gestalt dieser Gründung. Er war es nicht nur, weil er der erste Bundespräsident wurde und zuvor ein maßgebendes Mitglied des Parlamentarischen Rates war, der diese Gründung mit der Erarbeitung des Grundgesetzes vorbereitete. Seine Wahl zum Staatsoberhaupt am 12. September 1949 war – nach dem Zusammentreten des Bundestages – der erste Akt, mit dem die Bundesrepublik als neue staatlich-politische Größe in Erscheinung trat. Erst in den Tagen danach folgten Kanzlerwahl und Regierungsbildung. Doch ein Grund dafür, Heuss diese Vorlesung zu widmen, ist auch der Zustand der Erinnerung an ihn. Man muß da gar nicht an die mutmaßlichen Ergebnisse jener Spontan-Umfragen unter zufälligen Passanten oder auf Schulhöfen denken, bei denen es auch prominente Zeitgenossen leicht schaffen, für einen Fernsehhelden oder einen Fußball-Star gehalten zu werden. Das Problem ist ernster. Es liegt in einer Bekanntheit, die ein Vergessen einschließt.

Natürlich wissen viele noch, daß er der erste Bundespräsident war. Irgendwo im Hintergrund des kollektiven Bewußtseins mag auch noch etwas von seiner Gestalt gegenwärtig sein – der kräftige Kopf, der sonore Ton seiner Reden. Doch von den Bemühungen der Zeithistoriker und Publizisten, uns die Anfangsjahre der Bundesrepublik näher zu bringen, ist er kaum berührt worden. Er blieb, was er in den Jahrzehnten seit seinem Tode geworden ist: Eine blasse Erinnerung, und die ist dazu noch falsch. In der Figurenwelt der Anfangsjahre der Bundesrepublik, der Konrad Adenauer, Ludwig Erhard, Kurt Schumacher, ist er an den Rand getreten: eine bis zur Harmlosigkeit harmoni-

sierte Großvater-Gestalt, aber ohne politische Folgen. Es führt so gut wie nichts von ihm zu uns hin. Und in der Tat hat er nicht – wie Konrad Adenauer – die Weichen für Entwicklungen gestellt, die den Weg der Bundesrepublik über Jahrzehnte bestimmten. Er hat auch nicht – wie Ludwig Erhard – einer Idee zu Erfolg und Popularität verholfen, die zu einer der Schubkräfte dieser Entwicklung wurde. Schließlich scheint in seinem Reden und Handeln auch nicht – wie bei Kurt Schumacher – der Schattenriß anderer Möglichkeiten auf. Theodor Heuss habe, so hat Johannes Gross, der scharfzüngige, kürzlich verstorbene Publizist, einmal geurteilt, kaum eine politische Spur hinterlassen.

In diesem Verhältnis zu Theodor Heuss steckt – so scheint mir – ein Stück Selbstvergessenheit der Bundesrepublik. Sie betrifft eine Leistung, die für ihr Werden und Wachsen gar nicht hoch genug einzuschätzen ist. Wenn Adenauer der große Weichensteller gewesen ist, so war es Heuss, der wie kaum ein anderer das Staatsgefühl modellierte. Daß sich die Deutschen in ihrer Nachkriegswelt zurechtfinden, sich mit ihr befreundeten und schließlich in ihr heimisch wurden, ist nicht zuletzt sein Verdienst. Neben dem Kanzler war er die andere überragende Bezugsperson für das Normalitätsbewußtsein, das in den fünfziger Jahren in die Bundesrepublik einzieht. Sein beruhigender Habitus, Zigarre, bildungsbürgerlicher Grundbass, seine spürbare innere Souveränität und das Fluidum einer wohlbegründeten Harmonie gehören zum gefühlhaften Inventar dieser Aufstiegs- und Erfolgsjahre zwischen Fußballweltmeisterschafts-Gewinn und Mauerbau, Wirtschaftswunder und erstem Zweifel am Erreichten.

Es sind Leistungen und Verdienste auf einem Feld, das wir heute mit dem Begriff der politischen Kultur bezeichnen. Hier sollen uns Definitionen nicht interessieren. Begnügen wir uns mit der mittlerweile verbreiteten Einsicht, daß Politik nicht allein im Funktionieren von Institutionen und Interessen, von Entscheidungsmechanismen und Konfliktregelungen besteht. Anderes muß hinzukommen: die Einstellungen und Haltungen, die dieses Funktionieren überhaupt erst möglich machen, dazu Werte und Gewohnheiten, die Bereitschaft, sich zu engagieren, die Einsicht, um was es bei diesen Wahlen, Entscheidungen und Auseinandersetzungen eigentlich geht und wozu das alles gut sein soll. Man könnte auch sagen, politische Kultur sei die Kraft, die die Politik im innersten zusammenhalte, mit Wilhelm Hennis zu sprechen: ein „Seelenzustand, ein Spannungszustand“, der sie bewegt und inspiriert.

Heuss hat den Begriff, der in den sechziger Jahren aus Amerika gekommen ist, nicht gekannt. Die Sache aber wohl, und es war seine Sache. Wann immer er von politischem Stil spricht – und er spricht oft davon –, ist er nahe daran. Und auch, beispielsweise, die Merkwürdigkeit, ja, die Manie, Befunde und Postulate mit dem Attribut „seelisch“ auszustatten, ist keineswegs nur ein Spiel mit dem Sprach-Pedal und nur zum Teil eine altertümliche Marotte. Es zielt darauf, eine tiefere, gefühlshafte Dimension von Staat und Politik anzusprechen.

Von Theodor Heuss und der politischen Kultur der Bundesrepublik soll deshalb heute die Rede sein. Dafür spricht natürlich auch, daß in ihm – in einer Zeit, in der jedermann beständig diesen schwierigen Begriff im Munde führt – das Beispiel eines Politikers zu besichtigen ist, der ihn ganz einfach verkörperte. Vor allem aber lenkt dieser Begriff den Blick auf das, worum es Theodor Heuss ging – um die Grundlegung einer politischen Ordnung, um ein neues Stück deutscher Geschichte.

I

Heuss' Beitrag zur politischen Kultur der Bundesrepublik besteht zunächst einmal in dem Einfluß, den er als Mitglied des Parlamentarischen Rates auf den Gang der Dinge genommen hat. Als Wortführer der Gruppe der FDP-Abgeordneten hat er eine wichtige Rolle gespielt, obwohl ihr nur fünf Abgeordnete angehörten, gegenüber je 27 von Union und SPD – geringe Größe, große Wirkung, insofern war die FDP-Welt damals noch in Ordnung –; zumal seine Gabe der Vermittlung hat er dabei genutzt. Heuss kann auch als Erfinder oder zumindest Miterfinder einer Reihe von Regelungen und Formulierungen des Grundgesetzes gelten. Ohne ihn hieße die Bundesrepublik möglicherweise nicht Bundesrepublik. Denn ursprünglich war daran gedacht, den neuen Staat „Bund deutscher Länder“ zu nennen; dagegen hat Heuss energisch Front gemacht. Auch an der Formulierung der Präambel hatte er beträchtlichen Anteil. Die Bundesversammlung, dieses hälftig von Bundestag und Landtagen bestellte Gremium, das den Bundespräsidenten wählt, verdankt ihm ihre Existenz. Es ist nicht ohne Ironie, daß er also von einem Resultat seiner eigenen, staatsgründenden Phantasie gewählt worden ist.

Aber man wird Heuss' Rolle im Parlamentarischen Rat nicht gerecht, wenn man nur die Bausteine des Grundgesetzes abzählt, auf denen sein Name eingraviert ist. Wie neben ihm nur noch Carlo Schmid hat Heuss dazu beigetragen, daß die historische Signatur der Stunde faßbar und das Unterfangen auf die Höhe seiner Aufgabe gehoben wurde. Vor allem seine Reden sind Marksteine dieser Anstrengung – und ihres Gelingens. Sie erhellen die Lage, im Blick zurück und im Blick nach vorn. Sie tun das nicht zuletzt dank der von ihm in die Debatte geworfenen Formulierungen, die wie kleine Leuchtraketen zünden und Licht auf ganze Problemzonen werfen. Im Parlamentarischen Rat findet Heuss das Wort für das Geschehen des 8. Mai 1945, den Tag der deutschen Kapitulation, daß die Deutschen „erlöst und vernichtet in einem“ gewesen seien – treffender hat bis heute niemand das Paradox der deutschen Niederlage umschrieben. Hier prägt er auch den Begriff, daß Demokratie „Herrschaftsauftrag auf Frist“ sei – mittlerweile ein unverzichtbarer Bestandteil des politischen Zitatenschatzes. Und hier prophezeit er zum Beispiel auch in der Debatte um den Föderalismus, daß die Bundesrats-Lösung, auf die sich der Parlamentarische Rat einigt, zu einem „Föderalismus der Bürokraten“ führen werde – und hatte damit recht, bis zum heutigen Tag.

Vor allem aber ist es natürlich seine Amtsführung, mit der er auf das Verhältnis der Deutschen zu dem neuen Staat, zur Demokratie und zur Politik überhaupt zu wirken sucht. Man hat gegenüber Heuss oft den Vorbehalt geäußert, er sei ein „unpolitischer Präsident“ gewesen – wie ihm ja überhaupt gerne gönnerhaft die Zuständigkeit für das politische Feuilleton eingeräumt worden ist. In der Tat hat Heuss als Bundespräsident nicht versucht, Politik im Sinne von Machtpolitik zu machen, also, sehr verkürzt gesagt, sich gegenüber anderen durchzusetzen; zumal gegenüber Adenauer hat er in den wenigen Fällen, in denen sich Konflikte abzeichneten, zumeist rasch zurückgesteckt. Doch Heuss war nicht unpolitisch, sondern auf andere Weise politisch, und beispielsweise die Entscheidung, sich nicht in den Kampf der Parteien, Machtzentren und Institutionen hineinziehen zu lassen, war genuin politisch. Sie gab ihm die Freiheit für die Wirkung, die er als seine Aufgabe ansah.

Heuss begriff sein Amt als die Instanz über den Parteien, von der aus das Ganze des staatlichen und politischen Lebens spürbar gemacht werden sollte. Es sollte dem neuen Staat so etwas wie einen emotionalen und mentalen Unterbau geben und das innere Gefüge des politischen Lebens beein-

flußen – auffordernd, bekräftigend, korrigierend, Ziele setzend und vor Gefahren warnend. In diesem Sinne sind zum Beispiel seine Reden durchweg als politische Akte zu verstehen. Denn sie sollen das politische und historische Bewußtsein der jungen Republik formen. Das gleiche gilt von seinen Bemühungen, dem staatlichen Leben Gestalt zu geben. Bewußt ist Heuss zum Beispiel nicht der Entscheidung der Weimarer Republik gefolgt, auf Orden und Ehrenzeichen zu verzichten. Überzeugt davon, daß ein Staat sich auch in Auszeichnungen ausdrückt, daß er „auch danken können“ muß, hat Heuss versucht, „solche Dinge irgendwie in dieses seelisch amorphe Volk hineinzubringen“ – freilich, wie er hervorhebt, „ohne Angabe“. Auch diese Ausstattung des Staates mit politischen Accessoires – zu der dann auch die besondere Sorge für Wissenschaft und Kunst kommt – richtet sich darauf, dem staatlich-öffentlichen Leben Façon zu geben. Das wiederum soll dazu beitragen, den Staat überhaupt erst einmal wieder als gemeinsame Ordnung sichtbar und achtbar zu machen, ihn, wie Eberhard Pikart gesagt hat, „nach innen“ aufzubauen.

Da war viel, ja, eigentlich alles aufzubauen, und man kann der politischen Statur von Theodor Heuss nur gerecht werden, wenn man sich die Situation der Nachkriegsjahrzehnte vergegenwärtigt, in die hinein er zu wirken versuchte. Es herrschen nicht nur Hunger und Not. Als die Bundesrepublik gegründet und Heuss gewählt wird, liegt das Kriegsende gerade vier Jahre zurück; allen Bürgern des Staates, dessen Oberhaupt er wurde, ist noch klar, was Krieg und Zusammenbruch, Überlebens-Mühe und Nachkriegs-Elend bedeuten, mehr noch: es sitzt ihnen noch in allen Gliedern. In den Kulissen des neuen Stückes namens Bundesrepublik stehen noch höchst real das Gestern und das Vorgestern – das Scheitern der Republik von Weimar, der Irrweg, den die Deutschen mit dem Dritten Reich beschritten hatten, der verlorene Krieg und die Verwüstungen, die er hinterlassen hat, im Äußeren wie im Inneren. Nach der Katastrophe von Drittem Reich und verlorenem Krieg ist in einer bis an die Fundamente reichenden Weise fragwürdig geworden, wie denn deutsche Staatlichkeit und Politik überhaupt wieder vorstellbar sein würden. Und was dieser Staat war und wurde, blieb noch auf lange Zeit überlagert, durchdrungen und unterminiert von dem, was gewesen war – auch und gerade dann, wenn versucht wurde, es zu verdrängen. Das ist der dunkle Hintergrund, der alle Debatten dieser Jahre begleitet.

Diese tiefere Versehrtheit der Deutschen war die eigentliche Herausforderung, der sich Heuss mit seinem Amte stellte. Immer wieder kommt er darauf zu sprechen, in öffentlichen wie privaten Äußerungen. Er nennt die Deutschen ein „seelisch amorph gewordenes“ Volk und beschwört die Gefahr, daß sie „versinken und steckenbleiben in dem Ressentiment, in das das Unglück des Staates viele gestürzt hat“. In dieser Tiefendimension setzt an, was er als seine Aufgabe ansieht: die Deutschen „im politischen Raum [...] zum Maß, zum Gemäßen“ zurückzuführen. Und wenn er von einem „neuen Nationalgefühl“ spricht, das es zu bilden gelte, von „einem neuen Stück deutscher Geschichte“, das nun begonnen habe, so ist das niemals nur als Ausrufung formaler Gründungsakte zu verstehen. Es meint immer auch eine Erneuerung in Bewußtsein und Gefühl, im „Seelischen“. Es ist politische Pädagogik, freilich in großem Stil, und sie reicht in die tiefere Dimension deutscher Selbsttherapie hinein. „Die Mitte meiner Bemühungen“, so bekennt er einmal ziemlich unvermittelt in einem Brief, diese Ebene seines Amts-Verständnisses andeutend, „ist ja der Kampf gegen die ‚Trägheit des Herzens‘“.

II

Wie sieht nun die politische Kultur aus, für die Theodor Heuss einstand? Wofür wollte er die Deutschen gewinnen? Was sagen uns die Positionen, die er vertrat, heute, in unserer Zeit, in bezug auf unsere Vorstellungen? Denn politische Kultur ist nichts Statisches, sie wandelt sich, und wir wandeln uns mit ihr. Die Vorstellungswelt der Väter des Grundgesetzes ist das eine, das andere sind die Ebenen, die sich seither darüber geschoben haben. Da sind die mächtigen Emanzipations- und Rebellions-Schübe, die seit den sechziger Jahren die Republik bewegen. Da ist der Staat, der unter den Druck der Demokratisierung, aber auch der Interessengruppen gerät. Da ist das Verhältnis von Bund und Ländern – das zweite große Verfassungsgerichtsurteil liegt gerade vor. Demonstrationen, Bürgerinitiativen, eine Partei, die keine sein will – die Demokratie liegt im Kampf mit den gesellschaftlichen Fliehkräften, halb zieht sie mit, halb sinkt sie hin. Das ist unsere Perspektive, wir können sie nicht außen vor lassen. Wie nehmen sich von da aus die Begriffe und Vorstellungen von Theodor Heuss aus? Unter drei Stichworten soll das hier wenigstens angerissen werden: Demokratie, Föderalismus, Verhältnis zur Vergangenheit.

Unbestreitbar gehört Heuss, erstens, zu den großen Demokratielehrern, die den Anfang der Bundesrepublik begleitet haben. Vielleicht ist er derjenige, der dieses Grundprinzip moderner staatlicher Ordnungen mit dem meisten Enthusiasmus vertreten hat. Demokratie: das meint in seinem Verständnis nicht nur die Formen, in denen politisches und staatliches Leben abläuft. Heuss postuliert Demokratie als „Lebensform“, als „Gesinnungskraft“, als einen der „lebensbestimmenden Werte“. Es ist sozusagen nicht der Katechismus, den er verkündet, sondern der Glaube selbst – obwohl er, Professor, der er auch ist, keinen Zweifel daran läßt, daß der Glaube den Katechismus braucht. Dieser Demokratie-Begriff geht zusammen mit einer hohen Vorstellung von Freiheit. Der schöne Satz: „Die äußere Freiheit der vielen lebt aus der inneren Freiheit der einzelnen“, ist wahrscheinlich der Eckstein seines Demokratie-Verständnisses.

Es ist ein Freiheits- und Demokratieverständnis, das zugleich zeitgemäß und vormodern erscheint. Demokratie als Lebensform, nicht nur als politischer Mechanismus: das ist ja eine der großen Sehnsüchte der letzten Jahrzehnte, und der Weg von Heuss' Freiheitsbegriff zur Bürgergesellschaft, dem Zauberwort der Stunde, scheint nicht weit. Doch Heuss' politischer Gewährsmann ist nicht Rousseau, auch nicht John Locke oder Adam Smith, sondern der Freiherr vom Stein, bei dem es doch sehr die Frage ist, inwiefern man ihn für die Demokratie in Anspruch nehmen kann. Und sein Freiheits-Begriff nimmt seinen Ausgang nicht von der revolutionären Herausforderung des großen Satzes: Der Mensch wird frei geboren und überall liegt er in Ketten, sondern ist bürgerlich geprägt. Ist er nicht sogar etwas biedermeierlich? Es ist richtig, daß Heuss die Bürgergesinnung, die nach seiner Überzeugung die Demokratie legitimieren muß, vorzugsweise am Beispiel des Ehrenamtes erläutert. Allerdings sieht er dessen Feld nicht nur sozialpolitisch in den freien Verbänden, sondern auch politisch in den Volksvertretungen, auch wohl in den Parteien. Von daher rührt auch ein subtiler Vorbehalt gegenüber dem „Funktionär“. Der werde, so Heuss, „zur Maschine des Macht- und Interessenkampfes, wenn seine Arbeit nicht getragen wird von den vielen Freiwilligkeiten“. Die seien „die Heimat und der Nährboden eines demokratischen Lebensstils, nicht die Büros, in denen man Befehle oder Anweisungen entwirft oder empfängt oder weitergibt“. Das hört sich altliberal an. Oder ist es schon wieder – weniger Staat, schlanke Verwaltung! – modern?

Heuss' Formel für Demokratie heißt: Demokratie sei „Herrschaftsauftrag auf Frist“. Aber gerade das liest Heuss keineswegs nur vom Ende her. Die Aufkündbarkeit der Herrschaft, die Unterwerfung unter das Votum der Bürger ist nur die eine Botschaft des Wortes. Die andere besteht in dem Beharren darauf, daß auch Demokratie Herrschaft und Staat und also auf „Befehlsgewalt“ und „Gehorsamsanspruch“ verwiesen sei. Überhaupt erscheint neben der so emphatisch gedachten Freiheit ein ziemlich resolut entworfenes Bild des Staates. Es ist einer der seltenen Momente in den Debatten des Parlamentarischen Rates, bei dem der ruhige Heuss in Rage gerät, als er auf den Vorschlag zu sprechen kommt, zu formulieren, der Staat sei um des Menschen willen da. Vermutlich könnten wir uns darauf alle mehr oder minder einigen. Aber in seinen Augen ist das eine „Kränkung der inneren Würde des Staates, eine heimliche Polemik gegen den schief verstandenen, vor 117 Jahren verstorbenen Hegel“ und überhaupt ein Beispiel „banaler Staatsphilosophie“. Der Staat, darauf besteht Heuss, sei „nicht nur eine Apparatur, sondern er ist auch ein Träger eingeborener Würde, und als Träger der ordnenden Gemeinschaft ist er für den Menschen und ist der Mensch für ihn keine Abstraktion“.

Bemerkenswerterweise spielen dagegen die Grundrechte in der Verfassung für ihn eine eher geringe Rolle. Dabei könnte Heuss anknüpfen an Friedrich Naumann, den christlich-sozialen Politiker, der sein hoch geschätzter politischer Mentor war; er war der Urheber der Grundrechte der Weimarer Verfassung. Aber bei diesen Grundrechten, die wesentlich moralisch gemeint gewesen seien, seien dann, so formuliert Heuss ironisch, „die Juristen darüber gekommen, und da passiert meistens ein Unglück“. Nicht, daß Heuss von der neuen Rolle der Grundrechte im Grundgesetz nichts hielt. Aber die Stellung, die sie inzwischen in unserem Verständnis des Grundgesetzes bekommen haben, das Regiment, das sie nach Lesart des Bundesverfassungsgerichts über die Verfassung führen – nach allgemeiner Einschätzung eine der großen Errungenschaften der Nachkriegszeit – : das alles berührt ihn erstaunlich wenig.

Schließlich: kaum etwas anderes hat den Parlamentarischen Rat so im Gedächtnis gehalten wie seine strikte Abneigung gegen plebiszitäre Rechte. So gut wie alle Verfassungsväter waren sich darin einig, doch Heuss war es, von dem die pointierte Formulierung dieser Ablehnung stammt: sie seien eine „Prämie für jeden Demagogen“. Dabei täuscht das scharfe Wort, das den

Gedanken sozusagen mit dem Rapier absticht, eine totale Gegnerschaft vor, die Heuss nicht teilt. In den „übersehbaren Dingen mit einer staatsbürgerlichen Tradition“ hält Heuss dieses Instrument nämlich durchaus für „wohl-tätig“ – als Beispiel nennt er die Schweiz. Sein Verdikt bezieht sich auf die „großräumige Demokratie“, und es rechnet den Mangel an einer gefestigten politischen Kultur dabei ein. Auf der Ebene staatlicher Entscheidungen, über-dies in einem „amorphen, verwirrten Volk“, ist das Plebiszit nach Heuss’ Überzeugung ein gefährliches Instrument, während es ihm auf lokaler Ebene hinnehmbar erscheint.

Daß, zweitens, der Föderalismus für Theodor Heuss eine maßgebende Konstante der politischen Kultur in der Bundesrepublik ist, ergibt sich, so scheint es, fast schon aus ihm selbst. Heuss ist ohne seinen landsmannschaftlichen Hintergrund nicht zu denken. Worüber er handelt, wie er sich äußert – es spricht der Süddeutsche, der Schwabe, der seiner Herkunft zeitlebens eng verbunden geblieben ist. Vielleicht kann man sagen, daß die deutsche Vielfalt und der föderale Charakter, der daraus für die deutsche Politik folgt, für ihn nicht weniger unabdingbare „Lebensform“ sind wie die Demokratie. Aber auch dieser Eindruck einer sozusagen natürlichen Manifestation der Bundesstaatlichkeit, die Heuss für uns verkörpert, täuscht; er wird von seinem Verhältnis zum Föderalismus nicht gedeckt. Heuss bejaht den Föderalismus. Aber es ist eine eher defensive Bejahung, und wo regionaler Eigensinn oder gar Überschwang sich zum Träger des föderalen Gedankens aufschwingt, wird Heuss leicht spöttisch. Dann spricht er von „heimatlicher Geschichtsroman-tik“. Dafür, so glaubt er, sei die Zeit vorbei.

Unüberhörbar ist jedenfalls bei Heuss ein Affekt gegen einen Föderalismus, der den deutschen Gesamtstaat in Frage stellt oder zumindest seine Dignität relativiert. Er steht damit in der Tradition des deutschen Liberalismus, der keineswegs besonders föderalistisch war. Es kommt etwas hinzu, was uns nicht mehr gegenwärtig ist: die Flüchtlingsströme in diesen Jahren, die „millionen-fache Binnenwanderung“, wie er sagt, deren Wucht er offenbar sehr stark empfunden hat. Heuss ist überzeugt davon, daß sie eine „soziologisch-psy-chologische Umwandlung“ der Heimaten zur Folge haben werde, die dem Regionalen seinen früheren Rang nehmen werde. Aber in seiner Ablehnung eines Föderalismus, wie ihn Bayern damals kultiviert, steckt doch ein grundsätzlicher Vorbehalt. Er ist begründet in der Überzeugung von der Vor-

gegebenheit des deutschen Einheitsstaates von 1871, in Heuss' Worten: in der „Geschichtstatsache“ des Bismarck-Reiches. Das ist nicht nur ein taktisches Argument zugunsten der damals heftig umstrittenen sogenannten Kontinuitätstheorie, nach der das Deutsche Reich trotz Niederlage und Kapitulation nicht untergegangen sei. Es zeigt eine tiefe Verbundenheit mit diesem Einheitsstaat – in aller und durch alle Anerkennung der deutschen Vielfalt hindurch.

Durchweg argumentiert er in den Fragen des Föderalismus nicht von der Seite der Länder, sondern vom Gesamtstaat her, und das in einer Weise, die ihn in den gegenwärtigen Föderalismus-Debatten in der Bundesrepublik in den Verdacht bringen würde, diesem liebsten Kind der Deutschen nicht die gebührende Achtung entgegenzubringen. Das beginnt mit der Gründung der Bundesrepublik. Mit Stolz schreiben sich heute die Länder zugute, daß sie zeitiger da waren als der Bund und die Landtage, die schließlich auch die Abgeordneten des Parlamentarischen Rates benannt hatten. Heuss versteht seine Rolle ganz anders: er beharrt im Parlamentarischen Rat darauf, daß seine Mitglieder keineswegs Vertreter der Länder seien, deren Landtage sie gewählt haben. Das schwierige Legitimitätsproblem des Parlamentarischen Rates – mit wessen Mandat das Gremium eigentlich handle – löst sich für ihn, indem er eine Art Treuhänderschaft seiner Mitglieder für das ganze Volk und das – fortbestehende – Reich unterstellt. Voller Unverständnis steht er einer Mitwirkung der Einzelstaaten bei der Außenpolitik gegenüber, die nicht nur heute ein Thema ist, sondern es auch damals, im Zusammenhang mit dem Gedanken einer europäischen Konföderation, war. Dahinter steht für den geschichtsbewußten Heuss die Erinnerung an den Westfälischen Frieden und die „teutsche Libertät“, die für ihn in guter einheitsstaatlicher Tradition ein Trauma ist; daß man darin auch den Ansatz zu einer europäischen Friedensordnung sehen könnte – wie wir das beim 350-Jahr-Jubiläum dieses Friedens im vergangenen Jahr debattiert haben – ist ihm als Gedanke offenbar nicht zugänglich. Mit der selbstbewußten Rolle, die die Länder heute spielen, hätte Heuss jedenfalls seine Schwierigkeiten. Als Bayern 1957 einen eigenen Verdienstorden stiftet, grollt er, brieflich: wenn er auch kein sturer Zentralist sei, so wolle er doch nicht, „daß die ‚Länder‘ vor dem richtigen Ausland als Eigenfiguren einer seltsamen Souveränität erscheinen“.

Alles in allem hält sein Föderalismus-Verständnis peinlich die Balance zwischen Bund und Ländern, doch mit unverkennbarem Sympathie-Überschuß in Richtung auf Unitarisierung. Das zeigt sich in der Frage, die er als Meßgröße an dieses Verhältnis hält: „Sind wir zusammengefügt aus Staaten oder sind wir auseinandergegliedert in Staaten?“ – was ja schwerlich anders denn als Kritik einer Ausweitung der Länder-Kompetenzen zu verstehen ist. Das gleiche ist ablesbar an seiner Neigung, das Eigenleben der Länder in den Kategorien der Selbstverwaltung zu begreifen. Die Mitwirkung der Länder am gesamtstaatlichen politischen Prozeß, die die eigentliche Pointe der Föderalismus-Entwicklung in den vergangenen Jahrzehnten bildet, gerät kaum in sein Blickfeld. Tatsächlich hat Heuss den Bundesrat, der das Feld dieses Einfluß-Gewinns der Länder geworden ist, für eine Fehlkonstruktion gehalten. Das tun inzwischen manche Politiker und Wissenschaftler auch, allerdings gerade nicht aus den Gründen, mit denen Heuss gegen den Bundesrat war. Sie wünschen mehr Eigenständigkeit der Länder, er fürchtete, daß dadurch das „Einheitsleben der Gesamtheit gestört wird“.

Schließlich, drittens, ist vom Verhältnis zur Vergangenheit zu sprechen, für jedes politische Denken nach 1945 der Prüfstand, auf dem es sich ausweisen muß. Heuss hat es als eine der wichtigsten Aufgaben seines Amtes angesehen, das Verhältnis der Deutschen zu den Tabu- und Bruchzonen ihrer Vergangenheit anzusprechen und mit Sorgfalt zu behandeln: zum Dritten Reich, zur Judenvernichtung, zum Widerstand des 20. Juli. Seine Reden bezeugen das, ebenso die Begriffe, die er geprägt hat – etwa den der „Kollektivscham“, mit dem er in den Schuld-Diskussionen dieser Jahre eine couragierte, überzeugende Position bezieht. Energisch ist er auch immer wieder der Neigung zur Verdrängung entgegengetreten – in den unmittelbaren Nachkriegsjahren ein Thema von ganz anderer Relevanz als heute. Ausdrücklich, wenngleich mit etwas ironischem Unterton, spricht er von seinen „Feldzügen“ gegen das Vergessen. Daß manche Leute mit der Gnade des Vergessen-Könnens „Mißbrauch treiben und zu rasch vergessen wollen“, beklagt er schon in seiner ersten Rede als Bundespräsident. Und in einer seiner letzten, schon nicht mehr im Amte, attackiert er noch einmal das Vergessen: Viele sagten „Schluß, Schluß, Schluß mit der Geschichte! Das ist uns nicht erlaubt – um unsertwillen nicht!“

Damit ist indessen Heuss' Verhältnis zur Vergangenheit noch nicht wirklich ausgelotet. Zumal die fünfziger Jahre stehen ja im Ruch des Restaurativen, und es ist auch gar nicht zu bestreiten, daß sie ein Jahrzehnt waren, das durch die Anstrengung geprägt war, an die Zeit vor der Katastrophe anzuschließen; die ersten Jahre der Nachkriegszeit sind in gewissem Maße auch die letzten der Vorkriegszeit. Im Habitus demonstriert das ja auch der Politikbetrieb der jungen Republik mit seinen Frack-Empfängen und den sonderbaren Etikette-Bemühungen. Um so bewegender ist es, zu sehen, wie stark Heuss das Kriegsende als Bruch erlebt und wie radikal er einen Neu-Anfang einfordert. Das heißt bei Heuss: „Die Geschichtsmelodie Deutschland“ ist „zerbrochen“, aber der Lyriismus kann nicht über die Härte des Befunds hinwegtäuschen. Andererseits macht er den Deutschen nicht nur eine Erneuerung, sondern ein „neues Nationalgefühl“ zur Aufgabe. Durch seine gesamte Amtszeit und darüber hinaus zieht sich im übrigen sein Widerwille gegen das „Banal-Restaurative“, das, wie er ironisch sagt, „überall wieder ‚anknüpfen‘ will und auch anknüpft“, und entsetzt sieht er „Reste verjährter Gesinnung“ aufleben.

Heuss ist mit dieser Haltung im Klima der fünfziger Jahre oft genug auf Widerstand gestoßen. Das bekannteste Beispiel dafür ist der Streit um die Nationalhymne, und das zu recht, denn in ihm zeigt sich diese Verknüpfung von Bruch und neuem, alles andere als bilderstürmerischem Anfang. Heuss hatte sich dagegen gewandt, das Deutschlandlied wieder einzuführen – der „tiefe Einschnitt in unserer Volks- und Staatsgeschichte“ bedürfe, so seine Überzeugung, „einer neuen Symboldeutung“. Er hatte auch bereits bei dem Dichter Rudolf Alexander Schröder eine neue Hymne in Auftrag gegeben. Mit dem Versuch, sie durchzusetzen, scheiterte er jedoch – nicht nur an Adenauer, sondern auch an Schumacher. Sein Schluß, nicht ohne Bitterkeit: Er habe sich in dem Glauben getäuscht, daß die Deutschen einen solchen Einschnitt wollten. Er habe „den Traditionalismus und sein Beharrungsvermögen unterschätzt“.

Andererseits ist es erstaunlich, wie sehr und wie selbstverständlich für Heuss viele der Größen, denen wir mit Befangenheit gegenüberstehen, noch ganz Wirklichkeit sind – Nation, nationale Geschichte, deutscher Geistes- und Bildungsreichtum. Mit leichter Verwunderung – aber vielleicht doch eher mit Rührung – registriert man, wie er bei allen Gelegenheiten, bei denen er sich mit dem tiefen Fall der deutschen Geschichte konfrontiert sieht, eine ziemlich entlegene Schiller-Stelle bemüht. Sie heißt: „Stürzte auch in Kriegesflam-

men/Deutsches Kaiserreich zusammen/Deutsche Größe bleibt bestehen“, sie hörte sich, ihrer Assoziationen wegen, vermutlich schon damals etwas geisterhaft an. Doch Heuss hält mutig diese Apotheose der deutschen Bildungswelt hoch, immer wieder – das Zeichen eines Glaubens, der uns nicht mehr ganz geheuer ist. Er konnte auch sagen, 1946!: „Wir wissen dies, daß die Welt ärmer sein würde ohne den deutschen Geist!“, obwohl er doch keinen Zweifel daran ließ, wie tief das Dritte Reich die Geltung des Deutschen beschädigt hatte. In die gleiche Richtung weist sein Bemühen, an Traditionen zu erinnern. Er gibt dabei, natürlich, auch eigenen Neigungen Raum, er war nun einmal ein leidenschaftlicher Kenner und Liebhaber der Geschichte und konnte schwer der Versuchung widerstehen, andere daran teilhaben zu lassen. Aber das Ziel war, Epochen und Figuren ins öffentliche Bewußtsein zurückzuholen, an denen sich die Deutschen aufrichten und sich läutern konnten.

Überhaupt muß man den Verdacht haben – sieht man auf unsere Debatten, vom Historikerstreit bis zur Bubis-Walser-Kontroverse –, daß Heuss den Maßstäben der Vergangenheitsbewältigung nicht unbedingt standgehalten hätte, die wir im Verlauf der letzten Jahrzehnte entwickelt haben. Seine schöne Formel für den 8. Mai 1945 ist, indem sie diesen Tag als „tragischste und fragwürdigste Paradoxie“ begreift, weit entfernt davon, ihn vorbehaltlos als Tag der Befreiung zu behaupten; es ist für ihn ein Tag mit einem Doppelgesicht äußerster Zwiespältigkeit. Heuss hat als Bundespräsident schon sehr zeitig im Konzentrationslager Bergen-Belsen gesprochen; die Rede ist ein großer Schritt auf dem Wege der Auseinandersetzung mit der Verfolgungs- und Vernichtungspolitik. Aber er bekennt auch, daß er das Wort Belsen bis zum Frühjahr 1945 nicht gehört habe – man hört die aktuellen Kommentare mit. Das hat natürlich nichts mit der billigen Behauptung zu tun, man habe von allem nichts gewußt; Heuss wußte Bescheid, aber eben nicht über Bergen-Belsen. Noch merkwürdiger berührt, daß auch Auschwitz ihm eigentlich kein Begriff war, und zu dem Synonym für die Ausrottungspolitik, das dieser Name heute ist, wird er für Heuss während seiner gesamten Amtszeit nicht.

Das mag damit zusammenhängen, daß ihn das Wissen um den Holocaust ihn in seiner ganzen Monstrosität noch nicht erreicht hat. Allerdings wäre er auch dann, wenn er dessen volle Dimension gekannt hätte, nicht auf die Idee gekommen, in Auschwitz – wie jüngere Deutsche heute – den archimedischen Punkt der deutschen Geschichte zu sehen. Man wird Heuss' Verhältnis zur

Vergangenheit nur dann gerecht werden, wenn man sich vergegenwärtigt, daß der Bruch mit der Vergangenheit für ihn engstens verflochten ist mit einem Bewußtsein, für das Geschichte noch ganz Lebensmacht war – weshalb auch der Versuch, mit diesem Bruch zurechtzukommen, sich auf Geschichte beruft. Die „Geschichtsmelodie Deutschland“ mochte „zerbrochen“ sein, aber er hatte sie noch in Ohr und Herz.

Man kann den Unterschied im Verhältnis zur Vergangenheit zwischen damals und heute an der Reaktion auf zwei vergleichbare Äußerungen des ersten und des vorletzten Bundespräsidenten ablesen – also sozusagen von Heuss zu Herzog. Heuss hat das Programm seiner Amtsführung einmal auf den Nenner „Entkrampfung“ gebracht und zwar ausdrücklich bezogen auf die Aufgabe, die Deutschen aus den Verkrampfungen von Hitlerzeit und Nachkriegsjahren zu befreien. Das hat ihm damals freundliche Zustimmung eingebracht. Als Roman Herzog fünfundvierzig Jahre später nach seiner Wahl in seiner Dankesrede erklärte, er wünsche sich die Deutschen „unverkrampft“, erntete er Hohn und Häme, und mußte sich fragen lassen, ob er sich etwa mit dieser Devise Auschwitz oder dem Widerstand des 20. Juli nähern wolle. Was Heuss noch erlaubt, noch möglich war, wurde Herzog zum Vorwurf gemacht; immerhin ist ihm, was ja hoffen läßt, im Verlauf seiner Amtszeit Genugtuung widerfahren.

Das Bild politischer Kultur, das uns aus dem Denken und Wollen von Theodor Heuss heraus ansieht, ist also komplizierter als es das Klischee vom „Papa“ Heuss glauben läßt. Es ist ein Bild mit Widerhaken. Heuss' Demokratie-Begriff beeindruckt nach wie vor durch seine Lebendigkeit, Wärme und Sinnhaftigkeit – also mit allen jenen Elementen, die der Demokratie in unserem politischen Alltag zumeist abgehen. Auf der anderen Seite läßt Demokratie in Heuss' Verständnis verblüffend wenig Raum für die Tendenzen, von denen viele heute die Verlebendigung einer träge gewordenen politischen Ordnung erwarten: plebiszitäres Element, stärkere Minderheiten-Rechte, das beständige Schleifen der Mauern der Institutionen. Auch ist Heuss weit davon entfernt, den Staat von seinem angestammten Platz zu stoßen. So sehr er ihn zugunsten bürgerschaftlicher Mitwirkung zurückgenommen sehen möchte, so nachdrücklich hält er an ihm als einem unverzichtbaren Ordnungsrahmen fest. Weder Neoliberale noch Radikalliberale könnten sich bei ihm ganz wohl fühlen. Erst recht mag verwundern, daß dieser Liberale nicht am Einheitsstaat

Bismarckscher Prägung rütteln läßt und daß der eingefleischte Süddeutsche die Gemeinsamkeit des Gesamtstaates für ein hohes schätzenswertes Gut hält. Nichts spricht jedenfalls dafür, daß Heuss sich viel davon versprochen hätte, daß – um an gegenwärtig diskutierte Projekte zu denken – die Länder mehr Eigenständigkeit gewinnen oder daß der Nationalstaat ein Modell von gestern sei, während den Regionen die Zukunft gehöre. Die Ikone, die über den frühen Jahren der Bundesrepublik steht, wäre, nähme man sie beim Wort, vielen ein Ärgernis.

Wie Heuss auf die Veränderungen unserer politischen Kultur reagiert hätte, muß natürlich eine offene Frage bleiben; es reicht vermutlich, sie zu stellen – als Anlaß zum Nachdenken oder gar zur Nachdenklichkeit. Von der Bewegung, die seit den sechziger Jahren die Bundesrepublik ergriff, hat er keinen Eindruck mehr bekommen. Allenfalls erste Wehen haben ihn noch gestreift. Zum Beispiel die Anti-Atom-Kampagne der SPD 1958; da notiert er: „Die Verkrampfung wächst. Schweigemärsche von Ingenieurschulen und dergl.“; solche Aktionen gingen ihm, der dem Plebiszitären skeptisch gegenüberstand, gegen den Strich. Die Rebellion, mit der seine Partei 1956 in Nordrhein-Westfalen die erste sozial-liberale Koalition herbeiführt, mißbilligt er scharf; er drückt seiner Partei dabei sogar das Etikett „Nazi-FDP“ auf, vermutlich weil einige frühere Offiziere in ihr den Ton angeben – einer davon hieß Walter Scheel und trat später in die Reihe seiner Nachfolger; dafür stimmt er zu sehr mit Adenauer überein. Andererseits reibt er sich an dem neudeutschen Selbstgefühl dieser fünfziger Jahre – das „verfluchte Wirtschaftswunder“ sei manchen Leuten „in den Kopf gestiegen“. Und als, ein Jahr vor seinem Tod, die erste Wählerinitiative auf den Plan tritt – sie galt der Unterstützung von Hildegard Hamm-Brücher gegen das konservative bayerische FDP-Establishment –, ist er gleich dabei, sich mit einem vielbeachteten Brief hinter sie zu stellen.

Ist Heuss also veraltet – ein politischer Dino, wie man heute sagen würde? Hat er sich von uns, haben wir uns von ihm entfernt? Uns tritt in ihm eine frühere Schicht der Bundesrepublik entgegen. Sie hat vieles, was wir so sicher nicht mehr haben: die Überzeugung von den Vorzügen der repräsentativen Demokratie mit ihrem System von Gewichten und Gegengewichten, Freiräumen und Beschränkungen, einen soliden Staats-Begriff, die Verankerung im historischen Denken – und noch einiges mehr. Doch sind es eigentlich Brüche, die

sich zwischen der Bundesrepublik des Theodor Heuss und der unseren abzeichnen? Es sind Verschiebungen der Bewertungen und der Perspektiven, die ihn und uns unterscheiden. Darin schlägt sich – was sich von selbst versteht – der Wandel der Zeit nieder, es zeigen sich aber eben doch auch andere Einstellungen und Sichtweisen.

Um nicht mißverstanden zu werden: Es gibt keinen Grund, sich nicht an Heuss zu halten, wenn von Demokratie und Freiheit die Rede ist. Aber wer ihn ernstnimmt, wird ihn nicht dafür in Anspruch nehmen können, jedweder gut gemeinten politischen Beliebigkeit den Adelsbrief zu erteilen. Stattdessen empfiehlt er sich als ein kritischer Spiegel, gerade weil er uns ferngerückt ist. In diesem Spiegel könnten wir erkennen, was mit der Wiedergründung der Demokratie in der Bundesrepublik gemeint war – aber auch, ob und inwiefern wir uns von den Überzeugungen noch gemeint fühlen, mit denen die Gründerväter ans Werk gingen.

Diese frühere Schicht der Bundesrepublik ist übrigens nicht irgendeine Schicht. Sie ist sozusagen die Grundebene der Republik. Das hat natürlich mit den Erfahrungen der Generation zu tun, zu der die meisten führenden Persönlichkeiten dieser Gründer-Ära gehörten – Heuss ist Jahrgang 1884, von Adenauer, Jahrgang 1876, bis zu den Schumacher und Carlo Schmid, geboren 1895 beziehungsweise 1896, teilen sie vergleichbare Lebensprägungen. Sie sind mit und gegen den Obrigkeitsstaat aufgewachsen; sie traten in der Weimarer Republik auf die politische Tribüne und sind mit ihr gescheitert; unvermittelt standen sie dann beim Neuanfang in der ersten Reihe. Sie alle sind von politischen Verhältnissen geprägt, die einerseits obrigkeitsstaatliche Züge trugen, andererseits bildungsbürgerlich oder oppositionell aufgelockert waren. Alle lebten in der Überzeugung einer notwendigen Verschränkung von Rechten und Pflichten. Und alle waren – wie Heuss formulierte – durch die „Schule der Skepsis“ gegangen. Ihnen gelang die Umsetzung dieser Traditionsbestände, mit denen sie verbunden waren, in ein demokratisches Bewußtsein; ohne diese Umsetzung wäre die Entstehung und das Gedeihen der Bundesrepublik schwerlich möglich gewesen.

Es wird oft darüber geklagt, daß den Deutschen der Gründungsmythos fehle, über den andere Nationen verfügen; auch Heuss selbst hat in diese Kerbe geschlagen. Hier, in der Leistung dieser Nachkriegs-Generation, im Aufbau

neuer politischer Strukturen, im Parlamentarischen Rat, im Wagnis einer neuen Geschichte, wäre er zu finden. Es erledigte sich dann vielleicht auch der neu-deutsche Misere-Sermon, daß die Demokratie von den Deutschen nicht selbst errungen, sondern ihnen von den Siegermächten geschenkt, ja, aufgezwungen worden sei; er ist gerade in diesem Jahr immer wieder angestimmt worden. Gewiß ist die deutsche Demokratie nicht auf Barrikaden erkämpft worden. Aber erarbeitet worden ist sie, auch erstritten, auch in der Gesellschaft verankert – in eben diesen Auseinandersetzungen der Nachkriegszeit, im Parlamentarischen Rat, in der Praxis des neuen Staates.

III

Es wäre ein verkürzter Begriff von politischer Kultur, wenn man sie ablösen wollte von den Personen, von menschlichen Eigenschaften wie Ausstrahlung und Überzeugungskraft, von der Beispielhaftigkeit von Existenzen. Sie sind mindestens das Vehikel ihrer Wirkung, und vielleicht sind sie mehr. Erst recht gilt das im Falle von Theodor Heuss. Denn wenn von ihm die Rede ist, bringt sich sogleich die charakteristische Weise seines Agierens in Erinnerung. Was ihn zur Identifikationsfigur der frühen Jahre der Bundesrepublik machte, zum „Glücksfall“, wie bald die Rede ging, war nicht zuletzt sein persönlicher Stil. Das Maß an Zustimmung, das er sich erwarb, hatte nicht zuletzt auch damit zu tun, daß er sich von seinem Amt nicht vereinnahmen ließ, sondern daß unter der Präsidenten-Toga immer auch die Privatperson zu erkennen war, und daß er seinerseits mit seiner notorischen Zivilität, seiner Menschlichkeit und seiner persönlich gefärbten Bildung das Amt formte – Dialekt und Anekdoten eingeschlossen. Diese Popularität hat auch ein gestrenger, hyperintellektueller Kopf wie Theodor W. Adorno als seine besondere Leistung hervorgehoben. Und in der Tat rührte ein guter Teil von Heuss' Wirkung auf die Bundesrepublik am Ende aus der Person selbst her. Das noch unter dem Schock der vergangenen Exzesse stehende, nach Sicherheit süchtige Lebensgefühl der damaligen Deutschen fand daran Halt.

Aber Heuss gibt auch ein Beispiel für das, was politische Kultur mit Kultur im herkömmlichen Sinne verbindet und was sie von ihr profitieren kann. Was Heuss für die Bundesrepublik war, ist gar nicht abzulösen davon, daß er ein Mann von Bildung und Kultur war – und zwar nicht nur, weil es ihn in die Lage versetzte, zu jedem Anlaß etwas Kluges zu sagen, zum Germanischen

Museum wie zur Tagung des Deutschen Sportbundes. Für Heuss war das Interesse, das er an Dingen jenseits der politischen Sphäre genommen hat, stets mehr als der Auslauf schöngeistiger Neigungen. Kunst und Literatur, Geschichte und Kultur bildeten für ihn das weite Hinterland, aus dem heraus er lebte, auch und gerade als homo politicus. Aus ihm heraus formte sich seine Ausstrahlung und Unverwechselbarkeit, mehr noch: die innere Freiheit, die er nicht nur rühmte, sondern lebte. Das unermüdliche Sich-Anverwandeln von „Politischem“ und „Unpolitischem“, Gewesenem und Gegenwärtigem schuf sozusagen den Boden, auf dem Heuss, der Ideologien und Doktrinen nichts abgewinnen konnte, als Politiker stand. Er war gewiß ein Bildungsbürger, aber in politischer Absicht.

Nachdem die Leistungen seiner Amtszeit aus dem Blickfeld geschwunden sind, wächst die Chance, zu erkennen, wie sehr seine Wirkung ihren Grund in einem exemplarischen Leben gehabt hat. In diesem Leben spiegelt sich eine Epoche von imponierender Spannweite. In seiner Persönlichkeit, so hat die ihm befreundete Journalistin Margret Bovery einmal geschrieben, habe sich „aus dem Stoff unserer Zeit unendlich viel gebrochen – die Politik des ausgehenden wilheminschen Zeitalters wie die Eberts und Brünings und des Nationalsozialismus, die Hoffnung des Jugendstils wie das neue Beginnen des Werkbundes, die Landschaftsmalerei eines Hans Thoma wie die Bühnentechnik eines Piscator; die Kämpfe um Sozialversicherung und Frauenstimmrecht wie die Technisierung der Elektroindustrie“. Aber – und das ist das Erstaunliche an ihm – es bleibt bei ihm nicht toter Stoff, gelebte und abgetane Zeit, sondern nimmt Form an als ein gewiß höchst individueller, aber eben doch auch repräsentativer Umriss der Epoche. Was einem geistig beweglichen, politisch, historisch und künstlerisch empfänglichen Menschen in dieser Zeit zustoßen konnte, wenn er an ihr teilnahm, „tätig wirkend und trotzig leidend“ – wie er selbstbewußt schrieb –, ist da in staunenswerter Unmittelbarkeit und mit unverwirrtem Temperament aufgenommen worden. Vielleicht macht das die eigentliche Faszination dieses Lebens aus: daß hier die Offenheit für die Wechsel des Zeitgeistes zusammenging mit einer in ihrer Grundstimmung gefestigten Natur.

Schließlich: Nicht zuletzt, sondern zuerst besteht Heuss' Wirkung darin, daß er ein Stück integer durchgestandener, Kontinuität verbürgender Geschichte verkörperte. Vielleicht bleibt das sein wichtigster Beitrag zum Aufbau einer

politischen Kultur in Deutschland: daß in seinem Leben und Wirken ein wichtiger Abschnitt des Ringens um ein vernünftiges Verhältnis der Deutschen zur Politik und zur Demokratie gleichsam aufgehoben war und achtbare Gestalt gewonnen hat. Das gilt trotz seiner Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz, die Heuss immer wieder vorgehalten worden ist. Diese Zustimmung war ein Fehltritt – Heuss hat das immer eingeräumt –, aber man muß die Proportionen schon gewaltsam verbiegen, wenn man ihn gegen seine politische Lebensleistung aufrechnen will. Eher wäre geltend zu machen, daß dieses Leben – aber wem müßte man das erst sagen – nicht jenen Strang der deutschen Geschichte abbildet, der für den Gang dieses Jahrhunderts bestimmend geworden ist. Aber, alles in allem genommen, konnten die Deutschen in ihm die Verkörperung eines Verhältnisses zu Politik und Demokratie erleben, der sie zustimmen konnten und die ihnen Mut machte. Heuss gab ihnen etwas in Deutschland sehr seltenes: das Beispiel einer gelungenen politischen Existenz.

In zwei Tagen ist der Todestag von Heuss. Ich hoffe es, daß Sie es nicht als makaber empfinden, wenn ich am Ende dieser Vorlesung eine kleine, leicht einschlägige Anleihe bei seiner sehr praktischen Vernunft nehme. Irgendwo hat Heuss einmal gesagt, daß er sich, wenn er an einem Grabe zu reden habe, vorstelle, der Tote höre zu; so falle es leichter, den richtigen Ton zu finden und vor ihm zu bestehen. Die klassische Frage der politischen Bildung an Heuss lautet: was hat er uns zu sagen – im Zweifelsfall mit einem „noch“ versehen. Vielleicht sollten wir uns gelegentlich eine andere Frage stellen: was er denn zu unserem Umgang mit der Bundesrepublik sagen würde und ob wir damit vor ihm bestehen könnten.

Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus

Die Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, eine parteiunabhängige Stiftung des öffentlichen Rechts, betreibt zeitgeschichtliche Forschung und politische Bildung. Im Mittelpunkt stehen dabei Leben und Werk des ersten Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland, Theodor Heuss (1884-1963). Theodor Heuss engagierte sich seit Anfang des Jahrhunderts aktiv im politischen Leben – als liberaler Politiker und Parlamentarier, als Journalist und Historiker, als Redner und als Zeichner. In einem Jahrhundert, das geprägt wurde von zwei Weltkriegen, von autoritären und totalitären Regimes und der Konfrontation der Ideologien, steht Heuss für eine rechtsstaatliche und demokratische Tradition in Deutschland. Als erstes Staatsoberhaupt nach der nationalsozialistischen Diktatur fiel Heuss daher die schwierige Aufgabe zu, das demokratische Deutschland nach innen und außen zu festigen und glaubwürdig zu repräsentieren.

An diesen vielfältigen Lebensbezügen von Theodor Heuss orientiert sich die wissenschaftliche und pädagogische Arbeit der Stiftung: das Theodor-Heuss-Kolloquium zu Themen der Zeitgeschichte, Seminare zur politischen Bildung und die politisch-kulturellen Veranstaltungen. In den Stiftungsräumen stehen der interessierten Öffentlichkeit der umfangreiche Nachlaß von Theodor Heuss und eine Bibliothek zur Verfügung, die sowohl Heussens vollständiges publizistisches Oeuvre als auch Literatur zur deutschen und europäischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts umfaßt. Der Nachlaß bildet die Grundlage für eine geplante „Stuttgarter Ausgabe“ der Reden, Schriften und Briefe des ersten Bundespräsidenten. Ein wichtiges Forum zur Auseinandersetzung mit Leben und Werk von Theodor Heuss in ihren zeitgeschichtlichen Zusammenhängen wird auch die geplante Heuss-Gedenkstätte bieten, die zusammen mit einer Dauerausstellung in seinem früheren Stuttgarter Wohnhaus im Feuerbacher Weg 46 eingerichtet wird.

Bisher in der Kleinen Reihe erschienene Publikationen

- 1 TIMOTHY GARTON ASH
Wohin treibt die europäische Geschichte?
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 1997 (1998)
- 2 THOMAS HERTFELDER
Machen Männer noch Geschichte?
Das Stuttgarter Theodor-Heuss-Haus im Kontext
der deutschen Gedenkstättenlandschaft (1998)
- 3 RICHARD VON WEIZSÄCKER
Das parlamentarische System auf dem Prüfstand
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 1998 (1999)
- 4 Parlamentarische Poesie
Theodor Heuss: Das ABC des Parlamentarischen Rates
Carlo Schmid: Parlamentarische Elegie im Januar (1999)
- 5 JOACHIM SCHOLTYSECK
Robert Bosch und der 20. Juli 1944 (1999)

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme
Rudolph, Hermann: „Ein neues Stück deutscher Geschichte: Theodor Heuss
und die politische Kultur der Bundesrepublik“ / Hermann Rudolph.
Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus. -
Stuttgart : Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, 2000
(Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung ... ; 1999)
(Kleine Reihe / Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus ; 6)
ISBN 3-9805979-8-9
ISSN 1435-1242

Herausgegeben
von der Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus,
Im Himmelsberg 16, 70192 Stuttgart
www.stiftung-heuss-haus.de
Redaktion: Thomas Hertfelder, Renate Nutz
Foto: Wolff
Gestaltung: Arne Holzwarth, Büro für Gestaltung, Stuttgart
Gesamtherstellung: J. F. Steinkopf, Druck GmbH, Stuttgart

© SBTH, Juni 2000

